

## Zum politischen Jahresauftakt der LINKEN 2013

Friedrich Schütz

Unmittelbar nach der traditionellen Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht führte DIE LINKE in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Europäischen Linkspartei am 13. Januar in der Berliner „Volksbühne“ unter dem Motto „Gegen Banken Macht: Soziales Europa“ ihren diesjährigen politischen Jahresauftakt durch. Im Gegensatz zum Vorjahr, als nur Reden der beiden damaligen Parteivorsitzenden und von Gregor Gysi gehalten wurden, hatte diese Veranstaltung durch eine vielseitige kulturelle Umrahmung einen wesentlich lockeren Charakter. Ich gehe im folgenden nur auf einige Reden ein, möchte aber noch erwähnen, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion sich dieses Mal auf ein Gespräch mit dem Regisseur Dieter Wedel beschränkte.

Die Parteivorsitzende Katja Kipping ging von der Feststellung aus: „DIE LINKE ist wieder zurück“. Um die sozialen Probleme dieses Landes zu lösen, so die Vorsitzende, ist eine „couragierte Besteuerung“ von Konzernen, Banken und Millionären erforderlich. In der Politik der BRD gibt es zwei strategische Blöcke: Schwarz- Gelb betreibt eine knallharte neoliberale Politik. Rot-Grün versucht zwar, die soziale Frage aufzugreifen, konzentriert sich auf



Alexis Tsipras

die Mittelschichten und ist gegenüber den Nöten der Erwerbslosen blind. „Wir hingegen stellen Projekte in den Mittelpunkt, die eine Brücke schlagen zwischen der Mittelschicht und denen, denen es nicht so gut geht. Und wir haben den Biß nach oben. Wir sind bissig gegen die Superreichen, Banken und Spekulanten“. Ausgangspunkt der Rede des Vorsitzenden Bernd Riexinger war: Ein soziales Europa kann nur von unten entstehen. Gegenwärtig seien aber die wirtschaftlichen und politischen Eliten dabei, die Existenz und den Wohlstand von Millionen Menschen zu zerstören sowie die Demokratie auszuhöhlen. Ein zentraler Satz seiner Rede war: „Wir müssen Selbstverständliches wieder selbstverständ-

lich machen“. Dazu führte er aus: „Es muß wieder selbstverständlich sein, daß wir Löhne haben, von denen die Menschen leben können. Es muß wieder selbstverständlich sein, daß die Menschen von der Rente ihren Lebensstandard sichern ...Es muß wieder selbstverständlich sein, daß Erwerbslose nicht in Armut gestürzt werden...Es muß wieder selbstverständlich werden, daß von Deutschland kein Krieg ausgeht“. Dies erfordert aber eine starke LINKE.

Die Parteivorsitzenden übergaben dann dem Vorsitzenden des griechischen Linksbündnisses Syriza, Alexis Tsipras, einen Spendenscheck in Höhe von 40000 Euro. Er informierte über die gegenwärtige Situation in Griechenland und setzte sich für eine „demokratische und progressive Neugründung Europas“ ein. Es müsse die bipolare Teilung „in einen Norden der Gläubiger und einen Süden der Schuldner“ überwunden werden. Es geht, so der Redner, um die Zurückdrängung des Neoliberalismus in ganz Europa, aber auch um Solidarität, Widerstand und Hoffnung der Menschen in Europa.

Als letzter Redner forderte Oskar Lafontaine, „die Märkte endlich an die Kette zu legen“. Die ungeheuer hohen Schulden der Staaten könne man nicht durch Kürzen der Löhne und Renten und weiterer Sozialleistungen, sondern durch Steuererhöhungen für Millionäre abbauen. Er setzte sich energisch für den Beginn eines Politikwechsels gemeinsam mit der SPD und den Grünen ein, stellte aber auch heraus, daß man diese beiden Parteien nicht allein regieren lassen dürfe, denn dabei „käme immer Mist heraus“.

### Aus dem Inhalt

#### Das Thema:

#### Parteileben

- |                                  |                                    |          |
|----------------------------------|------------------------------------|----------|
| Seite 1- 4                       | • Stadträte Bernburg und Nienburg  | Seite 8  |
| • Zum Jahreswechsel              | • Unterschriften gegen Abschiebung | Seite 9  |
| Seite 5                          | • Biogasanlage in Staßfurt         | Seite 10 |
| • Faschismus in Deutschland      | • Ehrung von Rosa und Karl         | Seite 11 |
| Seite 6                          |                                    |          |
| • Arbeitnehmerüberwachungsgesetz |                                    |          |
| Seite 7                          |                                    |          |

## Besuch in Rhaderfehn im Kreis Leer

Tobias Pochanke

Mitglieder des Ortsverbandes der LINKEN Saale-Wipper besuchten vom 8. bis 9. Dezember Genossinnen und Genossen aus der Basisorganisation Overledinger Land in Ostfriesland, zu der auch die Gemeinde Rhaderfehn gehört. Anlass war eine Wette, zu der der LINKE „Wettkönig“ Klaus Jann aus Wülfrath bereits im Juli dieses Jahres aufrief.

Diese neue Wette hat ihren Ausgangspunkt auf dem Göttinger Parteitag der LINKEN. Dort ging es hoch her – um die Frage, ob „Ost“ und „West“ in der Linkspartei überhaupt zusammen passen. Von tiefen Kluften zwischen „Volkspartei“ im Osten und „Interessengruppen“ im Westen war die Rede. Und „Ist eine Trennung nicht sogar besser?“ wurde laut hinterfragt. Klaus Jann hält das ganze Gerede für Quatsch und meint: „Ost und West müssen zusammenrücken. Ganz konkret!“ Darüber hat er dann nach dem Parteitag mit seiner seit Jahren engagierten Wettpartnerin, der „Unternehmerin mit linkem Herz“ geredet. Am Ende einigten sie sich auf diese von Jann formulierte Wette: „Bis zum Jahresende initiiere ich in und mit der LINKEN mindestens 100 lebendige Begegnungen oder Partnerschaften zwischen Ost und West...“ Für jede (mit einem Foto nachgewiesene) OST- WEST- Begegnung zahlt Klaus` Freundin 10 Euro für unsere Aktion „Milch für Kubas Kinder“. Der Ortsverband Saale-Wipper machte sich an die Arbeit und recherchierte, wo es bereits Städte- und Gemeindepартnerschaften der Mitgliedsgemeinden der gleichlautenden Verbandsgemeinde gibt. Mehrere Kontaktversuche liefen ins Leere bis es gelungen war, einen Kontakt zur LINKEN in der ostfriesischen Kleinstadt Rhaderfehn herzustellen, welche eine Ortspartnerschaft mit unserer Kleinstadt Alsleben an der Saale hat.

Über 400 Kilometer mussten die Saale-Wipper-LINKEN zurücklegen,



Treffen von Mitgliedern aus Ost und West

(Foto: privat)



Auch ein Weihnachtsmarkt kann politisch genutzt werden.

(Foto: privat)

um Teil der Einlösung dieser ungewöhnlichen Wette sein zu können. Dabei konnten Waltraud Bölke, Ernst-Hermann Brink (Ortsvorsitzender DIE LINKE. Saale-Wipper, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Saal Landkreis, Stadtrat in Güsten und Mitglied des Verbandsgemeinderates Saale-Wipper), Manfred Bölke (Kassierer DIE LINKE. Saale-Wipper) und Tobias Pochanke (Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper) interessante Gespräche führen und unterschiedliche Erfahrungen austauschen.

Ihre ostfriesischen Gesprächspartner waren Charlotte Lenzen (Mitglied im Sprecherrat BO Overledinger Land, Sprecherin und Schatzmeisterin im Kreisvorstand der LINKEN. Leer, Mitglied des Kreistages Leer und Ge-

meinderätin in Westoverledingen), Paul Stagnus ( Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Leer), Martin Sauer (Mitglied Sprecherrat BO Overledinger Land und Gemeinderat in Rhaderfehn) und Holger Gerdes (Mitglied Sprecherrat BO Overledinger Land und Gemeinderat in Ostrhaderfehn ). Bei Ihrem Treffen kamen zusätzlich 30 Euro für die Spendenaktion „Milch für Kubas Kinder“ zusammen. Außerdem waren sich alle anwesenden Genossen darin einig, dass das nicht die letzte Zusammenkunft sein sollte. Dieses soll aber nicht wieder bei Schnee und Glatteis, sondern eher unter sommerlichen Witterungsbedingungen stattfinden.

*Tobias Pochanke ist Pressesprecher des OV Saale-Wipper*

## Neujahrsempfang in Schönebeck- Auftakt des Wahljahres 2013

Christa Beier

Der Neujahrsempfang in Schönebeck am 14.01.2013 fand erstmalig im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Sabine Dirlich statt. Die Räumlichkeit war bewusst gewählt, um die BürgerInnen noch mehr in die Politik einzubeziehen. Eingeladen hatten Sabine Dirlich als Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Schönebeck und Christa Beier, die Vorsitzende des Ortsverbandes Schönebeck. Die ca 60 Einladungen gingen an Vereine, Verbände, Schulen, Institutionen, kommunale Einrichtungen, Parteien und ehrenamtlich tätige BürgerInnen.

Die spannende Frage für Ina Köhnow und Christa Beier, die den Empfang vorbereitet und ein abwechslungsreiches Buffet angefertigt hatten, war wie immer, wie viel Gäste werden kommen, haben wir genügend Platz.

Sehr erfreut waren die Veranstalter, dass ca 25 Personen am Empfang teilnahmen. Es waren Vertreter kommunaler Einrichtungen wie GESAS (Gesellschaft für Sanierung Schönebeck), des Kreiswirtschaftsbetriebes, von Schulen, vom Blinden- und Sehgeschwachenverband sowie kommunale Abgeordnete. Auch unser Kreisvorsitzender der LINKEN, Dr. Lothar Boese nahm zum wiederholten Mal am Festempfang teil.

Ein besonderer Höhepunkt war die Teilnahme unserer Bundestagsabgeordneten und Direktkandidatin für den Wahlkreis 69 Dr. Rosemarie Hein. Sabine Dirlich ließ es sich nicht nehmen, Rosi Hein persönlich mit den Anwesenden bekannt zu machen. Danach eröffnete sie die Veranstaltung, indem sie auf die Tradition der

Festempfang einging, die Aufgaben im Wahlkampf skizzierte und um eine gute Zusammenarbeit warb. Rosi Hein ergriff ebenfalls das Wort und legte die Schwerpunktaufgaben im Wahljahr und auch ihre persönlichen Schwerpunkte für den Wahlkampf im Wahlkreis dar. Sie ging auch kurz darauf ein, wie sich unsere Ziele von denen anderer Parteien unterscheiden. Diese knappen Statements waren dann auch die Grundlage für die sich anschließenden Gespräche.

Empfänge dieser Art sind immer angehtan, mit unterschiedlichen Personen in Kontakt zu kommen und Gedanken auszutauschen. Insgesamt war es eine lockere und angenehme Atmosphäre und eine gute Art der Kontaktpflege und des Wirkens unserer Partei im gesellschaftlichen Umfeld.

## Staßfurter LINKE berät die Aufgaben für das Jahr 2013

Siegfried Mahlfeld und Klaus Magenheimer

Traditionell haben sich zu Jahresbeginn Aktive der LINKEN der Stadt Staßfurt zu einer Problemdiskussion zusammengefunden. Dabei waren Mitglieder des Kreis- und Ortsvorstandes, Kreistagsabgeordnete, Stadträte, Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister. Neben der Analyse der Ergebnisse des Jahres 2012 standen vor allem politische und kommunalpolitische Vorhaben im Bundestagswahljahr zur Diskussion.

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den MitarbeiterInnen von AMEOS zum Erhalt der Arbeitsplätze. Sie ist sehr unzufrieden mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt. Der Abbau von Arbeitsplätzen bei TechniSat, Produktionsrückgang und Absatzschwierigkeiten anderer wichtiger Betriebe werden ohne Widerspruch hingenommen. Wir fordern daher ein Gegensteuern der dafür Verantwortlichen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Staßfurt durch

Arbeit, von der man leben kann und die Altersarmut verhindert.

Wir setzen uns ein für den Fortbestand des kommunalen Wohnungsbestandes und bezahlbarer Mieten. Das unverantwortliche Hochtreiben der Energiepreise darf nicht dazu führen, dass Einwohner von der Energieversorgung ausgeschlossen werden. Wir unterstützen daher sozial verträgliche Handlungsweisen, vor allem des kommunalen Versorgungsunternehmens. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Errichtung einer Biogasanlage unterstützen wir alle ethisch, ökonomisch und ökologisch vertretbaren Vorhaben, wenden uns aber konsequent gegen Vorstellungen, Nahrungsgüter und fruchtbaren Bördeboden zur Energieversorgung zu missbrauchen.

Dabei wird uns der jüngste Maulkorb-erlass des Oberbürgermeisters nicht abhalten, auch ohne seine Zustimmung mit allen uns wichtig erscheinenden Gesprächspartnern zusammenzu-

arbeiten.

Eine erneute Bewährungsprobe wird der Kampf um den Erhalt des Schulstandortes Löderburg als eigenständige Grundschule sein. Für uns gelten nach wie vor das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ und der Fortbestand der kommunalen Kindertageseinrichtung in Löderburg.

Mit Sorge beobachten wir die sich weiter verschlechternde finanzielle Situation der Kommune durch von Bund und Land verhängte Einsparungsmaßnahmen. Neben einer Umkehr in der die Reichen begünstigenden Steuerpolitik sehen wir vor allem aber die unnötigen Ausgaben auf allen militärischen Gebieten. Als nur ein Beispiel wäre hier der Ausbau des Naturschutzgebietes Colbitz-Letzlinger-Heide als militärisches Übungsgelände zu nennen. Mit den dafür bisher vorgesehenen 100 Millionen Euro könnten in Staßfurt mehrere Löcher gestopft, Brücken gebaut und Wohnungen saniert werden.

## Der Kreisvorstand unterstützt die Kandidatur von Elke Reinke

Klaus Magenheimer

Unter einer beachtlichen Anzahl von anwesenden Gästen führte der Kreisvorstand am 9. Januar seine erste Sitzung wiederum in Staßfurt durch. Zu Beginn bedankte sich Lothar Boese für die zahlreich eingegangenen Neujahrsgrüße und Wünsche für eine erfolgreiche politische Arbeit im Bundestagswahljahr 2013.

Umfangreich befassten sich die Anwesenden mit weiteren organisatorischen Maßnahmen zur Absicherung der beiden einberufenen kreislichen Veranstaltungen am 2. Februar in Staßfurt. Die Zusammensetzungen der einzelnen Kommissionen wurden bestimmt sowie die vorgesehenen Wahlhandlungen für die Kreisdelegierten zum Landesparteitag und die Vertreter zur Aufstellung der Landesliste besprochen.

Im Zusammenhang mit der momentanen Entwicklung im Bereich der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis kam die gegenwärtige Personal-

entwicklungssituation bei den AMEOS - Kliniken zur Sprache. Die Mitglieder sind erleichtert über den zustande gekommenen Kompromiss zur Abwendung der angekündigten Entlassungen. Darin sehen sie auch entscheidende Voraussetzungen, um den gerade wieder aufgenommenen lang ersehnten Klinikbetrieb in Staßfurt zu sichern.

Behandelt wurde der Beschluss des letzten Landesparteitages über die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung des Landesverbandes. Gemeinsam waren wir uns einig, in absehbarer Zeit zu einigen Schwerpunkten mit der Parteibasis ins Gespräch zu kommen und thematische Schwerpunkte in Angriff zu nehmen. Dazu gehören neben der Vertiefung der Kommunikation die Gewinnung von neuen Mitgliedern und eine kontinuierliche politische Bildungsarbeit. Schon jetzt ist in Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahr 2014 die erforderliche Be-

reitschaft zur Wiederkandidatur bzw. Kandidatur für kommunale Mandate zu entwickeln. Erreichte Positionen sind unbedingt zu erhalten und möglicherweise auszubauen.

Wie für die Bundestagswahlkreise Anhalt und Magdeburg beschlossenen Kandidaturempfehlungen von Jan Korte und Rosemarie Hein, gab der Kreisvorstand nach intensiver Diskussion auch für den Wahlkreis Harz die Empfehlung, Elke Reinke als Mitglied des Ortsverbandes Aschersleben zur Nominierung vorzuschlagen.

Zu einem weiteren Höhepunkt nach dem gemeinsamen Neujahrsempfang am 21. Januar wird es mit dem Auftritt von Lothar Bisky am 13. Februar im Metropal in Bernburg kommen.

Der Kreisvorstand verständigte sich einstimmig zu einem Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Ehrenpreis „Salzlandfrau 2013“ aus Anlass des 8. März.

## Doppelte Präsenz von Bundestagsabgeordneten

### Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Schönebeck

Christa Beier

Der Ortsverband Schönebeck hatte zum 20.12.2012 alle Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN aus Schönebeck, Barby, Calbe und Börde-land eingeladen. In der Begegnungsstätte der Volkssolidarität sollte das Jahr 2012 heiter und besinnlich ausklingen und der Auftakt zum Wahljahr 2013 beginnen. Die Einladung nahmen 30 Mitglieder und Gäste wahr. Ein besonderer Höhepunkt war die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein und Roland Claus. Roland Claus war erstmals Gast zu einer Mitgliederversammlung in Schönebeck. Er erhielt deshalb als erster Redner das Wort und sprach über seine Aufgabengebiete im Bundestag. Er ist vor allem mit dem Haushalt befasst und darüber hinaus der Ostbeauftragte der Fraktion. In beiden Funktionen hat er mit der Verteilung finanzieller

Mittel zu tun. Kritisch wertete er, dass die Euro-Rettung im Wesentlichen ein Programm zur Rettung der Banken ist. Die Verursacher der Krise, nämlich die Banken, werden nicht zur Verantwortung gezogen. Er informierte auch über das Wirken der sog. Schattenbanken, deren Einfluss sehr hoch ist und die keiner Kontrolle unterliegen.

Aus vielen Gesprächen vor Ort weiß er, dass die BürgerInnen unserer Analyse der Lage und unseren Lösungsvorschlägen zustimmen, sie uns aber nicht eine Verwirklichung zutrauen. Als eine Schlussfolgerung sah er die Bundespolitik der LINKEN, die verlässlicher werden muss.

Wir müssen mehr Angebote unterbreiten, die die Menschen verstehen und die auch umsetzbar sind, wie z.B. unser Rentenkonzept.

Rosemarie Hein warb um Wahl-

kampfunterstützung, sprach Aktionen und Aktivitäten im Wahlkreis an und informierte über eine Aktion der LINKEN in Niedersachsen, wo mit Geldern der Bundestagsabgeordneten Weihnachtsbäume für Bedürftige zur Verfügung gestellt wurden. Kritisch äußerte sie sich über die Arbeit der Bundesregierung zu den Themen Schulsozialarbeit, Bildungsarbeit, Teilhabe.

Nach diesen inhaltlichen Schwerpunkten ging es weihnachtlich zu. Gemeinsam wurde ein Weihnachtslied gesungen. Einige GenossInnen trugen Geschichten und Gedichte vor und es wurde ausgiebig diskutiert. Dank der finanziellen Unterstützung von Rosi Hein und Sabine Dirlich wurden auch ein Weihnachtsteller sowie Kaffee gereicht.

Insgesamt war es eine sehr interessante und anregende Veranstaltung, die allen TeilnehmerInnen wohltat.

## Zum Jahreswechsel

Friedrich Schütz

Auch anlässlich dieses Jahreswechsels werden viele von Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, darüber nachgedacht haben, ob das zu Ende gegangene Jahr ein erfolgreiches war. Sie werden sich die Frage gestellt haben, was es für Sie persönlich gebracht hat und was im neuen Jahr zu erwarten ist. Zufrieden werden jene unter Ihnen sein, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sich eventuell sogar verbessern konnten bzw. einen neuen erhielten, deren Kinder oder Enkel eine gute Ausbildung bekommen oder abgeschlossen haben sowie jene, die sich schon lange gehegte Wünsche erfüllen konnten, um nur einige Beispiele zu nennen. Auf eine solche Bilanz und damit auf ein persönlich zufriedenes Jahr 2012 können leider viele Menschen unseres Landes nicht zurückblicken, und das wird auch im neuen Jahr nicht anders sein.

Ich versuche zunächst einen kurzen Überblick über einige Schwerpunkte des politischen Geschehens im vergangenen Jahr zu geben. Dabei zeigt sich doch, daß überall noch gewaltige Probleme zu lösen sind.

Eines der größten Probleme unserer Zeit ist noch immer der ungeheure Unterschied zwischen den Armen und Reichen, sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb dieser. Während das Bruttonettoprodukt je Kopf der Bevölkerung in den reichsten Ländern 30 – 40.000 Dollar beträgt, liegt es in den fortgeschrittenen Ländern der sogenannten Dritten Welt zwischen 5 und 10.000 und in den allerärmsten sogar mehr oder weniger weit unter 1.000 Dollar. Der Schweizer Soziologe Prof. Jean Ziegler, der diese Mißstände ganz entschieden verurteilt und sich für deren Überwindung einsetzt, hat in einem 2012 erschienenen Buch darauf aufmerksam gemacht, daß trotz des bestehenden Überflusses etwa 1 Mrd. Menschen hungern und jährlich viele Millionen, besonders Kinder, verhungern. Die Industriestaaten des

Nordens, so meine ich, müssen endlich ihre Verpflichtungen auf diesem Gebiet voll erfüllen.

Auch 2012 hielten zahlreiche Kriege sowie militärische Konflikte an und neue kamen hinzu. Das gilt vor allem für den Nahen und Mittleren Osten sowie für den afrikanischen Kontinent. Noch immer sind auch deutsche Soldaten in Afghanistan, und die Spannungen zwischen Israel und Palästina halten, wie der Angriff auf den Gaza-Streifen Ende des Jahres zeigte, weiter an. Endlich aufhören sollten auch die Kriegsdrohungen gegen den Iran. Der Bürgerkrieg in Syrien, dessen Ende nicht abzusehen ist, soll schon etwa 60.000 Personen das Leben gekostet haben. Völlig zu verurteilen ist auch der Einsatz französischer Soldaten im westafrikanischen Mali. Steigende Rüstungsexporte und die Erprobung immer neuer Waffensysteme tragen zur Sicherung hoher Profite bei, so daß ein Verbot aussichtslos erscheint.

Im Mittelpunkt der Politik der Länder der Europäischen Union und damit auch Deutschlands stand auch 2012 der Kampf um die Überwindung der schwersten Krise seit 1929, die sich besonders schwer als Wirtschafts- und Finanzkrise auf Griechenland und weitere südeuropäische Länder auswirkte. Mit den diesen gewährten „Rettungsschirmen“, die hauptsächlich den Banken zugute kamen, waren und sind umfangreiche Sparmaßnahmen verbunden, die vorwiegend von den ärmeren Schichten getragen werden müssen. Mit der erfolgten Ratifizierung des Fiskalpaktes, dessen Kernstück die sogenannte Schuldenbremse ist, breitet sich eine solche Entwicklung, wenn auch nicht in einer solch scharfen Form, auch in Deutschland aus.

Bedingt durch den Druck der LINKEN wurde erreicht, daß mit Jahresbeginn die völlig überflüssige Praxisgebühr abgeschafft wurde. Und keine der Bundestagsparteien wagte, dagegen

zu stimmen. Es kommen aber auf die Menschen eine Reihe von nicht unbeträchtlichen finanziellen Erschwernissen hinzu. Erwähnt sei nur die mit der Energiewende im Zusammenhang stehende gewaltige Erhöhung der Strompreise. So sehr auch die Erhöhung der Renten im Osten um 3 Prozent zu begrüßen ist, ist doch der Abstand gegenüber dem Westen nach über 20 Jahren deutscher Einheit weiterhin beträchtlich. Und die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von 374 auf 382 Euro zum neuen Jahr, also um 8 Euro, steht in keinem gerechten Verhältnis zu der Tatsache, daß die Zahl der Einkommens- und Vermögensmillionäre ständig weiter ansteigt.

2012 fanden drei Landtagswahlen statt (Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen). Bei allen mußte DIE LINKE beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen. Während sie im Saarland mit einem zweistelligen Ergebnis im Landtag blieb, konnte sie in den beiden anderen Ländern die 5 Prozent-Hürde nicht überspringen. Äußerst positiv war dagegen das Abschneiden bei der Kommunalwahl in Thüringen.

Höhepunkt im Parteileben war der im Juni 2012 durchgeführte Göttinger Parteitag, der mit den Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger eine neue Parteiführung wählte und auf den Kampf um die konsequente Umsetzung des neuen Parteiprogramms orientierte. Wie schon in verschiedenen früheren Beschlüssen hat DIE LINKE auch auf ihrer Veranstaltung zum politischen Jahresauftakt 2013 zum Einsatz aller Kräfte für gute Wahlergebnisse aufgerufen, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen.

Anlässlich des Jahreswechsels, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien im Namen des Kreisvorstandes und der Redaktion ein frohes, erlebnisreiches, erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2013.

## Vor 80 Jahren: Der Faschismus kam in Deutschland an die Macht

Friedrich Schütz

Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Drängen einflußreicher Kreise des Finanzkapitals den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Das war nicht, wie in den Jahren davor oft geschehen, der Wechsel von einer bürgerlich-parlamentarischen Regierung auf eine andere, sondern mit dieser Regierung kam in Deutschland der Faschismus an die Macht. Die Weimarer Republik gab es nun nicht mehr, und es begann das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte.

Die Politik der Faschisten wurde bestimmt durch einen extremen Nationalismus sowie durch Antikommunismus, Antisemitismus und Rassenhaß. Unmittelbar nach der Machtübernahme begann der Abbau der Demokratie. Es herrschten Gewalt nach innen und außen und der Zwang bei der Durchsetzung festgelegter Maßnahmen. Von Anfang an wurde Kurs auf die Kriegsvorbereitung genommen. Zu allem kam noch der ungeheure Personenkult um Hitler. Mit Sozialismus hatte diese Politik überhaupt nichts zu tun. Der Name der Partei führte völlig in die Irre, und das dürfte wohl mit ein Grund dafür gewesen sein, daß viele Menschen darauf hereinfließen.

Ich werde an einigen ausgewählten Beispielen zeigen, wie die Nazis ihre Politik durchsetzten. Auf die gesamte Vorgeschichte der Machtübernahme kann nicht eingegangen werden. Gleiches gilt auch für den antifaschistischen Widerstandskampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und weiteren Hitlergegnern sowie für den von den Faschisten begonnenen 2. Weltkrieg.

Hitler hatte zunächst eine Koalitionsregierung mit der konservativen Deutschen Nationalen Volkspartei gebildet, der auch einige parteilose Minister angehörten. Große Unzufriedenheit gab es darüber, daß durch die letzte Reichstagswahl im November 1932 keine absolute Mehrheit erreicht worden war. Um diesen Zu-

stand zu überwinden, wurde bereits am 1. Februar der Reichstag aufgelöst, und es wurden für den 5. März Neuwahlen angesetzt. Wenige Tage vor der Wahl, am 27. Februar, wurde eine gewaltige Provokation durchgeführt. Ausgewählte Führer der SA, einer faschistischen Massenorganisation, setzten das Reichstagsgebäude in Flammen, wofür in der Öffentlichkeit die KPD verantwortlich gemacht wurde. Jedoch die Nazis erreichten ihr Ziel nicht, gewannen sie doch nur 288 der 647 Mandate. Um das zu ändern, wurden die 81 Mandate der KPD mit Unterstützung anderer Parteien annulliert.

Nach der Machtübernahme verschärfte sich die Verfolgung der Kommunisten und aller anderen Hitlergegner. Sie kamen in Zuchthäuser und sogenannte Konzentrationslager (Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald u.a.), deren Zahl im Laufe der Jahre ständig zunahm und die nach Kriegsbeginn auch in den zeitweilig besetzten Gebieten (Auschwitz u.a.) errichtet wurden. Sie waren Zwangsarbeits- und Vernichtungslager, in denen Hunger, Folter und Mord herrschten. Manche Konzerne haben daran tüchtig verdient, so z.B. durch die Lieferung von Giftgasen.

Es gelang Hitler, bis Ende 1933 die Demokratie restlos zu beseitigen. Das begann mit einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung der demokratischen Grundrechte. Am 24. März beschloß der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“, das der Regierung erlaubte, selbst Gesetze, ja sogar Verfassungsänderungen, zu beschließen. Dann wurden am 2. Mai die Gewerkschaften verboten. An deren Stelle sollte die faschistische „Deutsche Arbeitsfront“ treten. Am 14. Juli kam das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. Die noch bestehenden Parteien lösten sich auf. Erwähnt sei noch die Gleichschaltung des Pressewesens. So konnte Ende des Jahres „die Einheit von Partei und Staat“ verkündet werden.

Die faschistischen Führer aller Ebenen

zogen immer mehr Macht an sich. Als Hindenburg am 2. August 1934 starb, wurde das Amt des Reichspräsidenten abgeschafft und Hitler wurde jetzt zum „Führer und Reichskanzler“. Er übernahm die obersten Befehlsposten in der Wehrmacht und wurde 1942 auch noch oberster Gerichtsherr. Besonders bekannt wegen seiner vielen Ämter wurde Hermann Göring, der zweite Mann nach Hitler.

Unmittelbar nach dem Regierungsantritt der Nazis begannen die Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung. Dem Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte folgten immer neue die Würde der Menschen verletzende Verbote und Gebote. Die Periode offener Gewalt gegen die Juden begann 1938 mit den Massendeportationen und der „Kristallnacht“ vom 9. zum 10. November, mit der massenhaften Zerstörung von Synagogen und jüdischen Geschäften sowie der Verhaftung von vielen tausend Juden. Sie erreichte ihren Höhepunkt während des Krieges. Die Ermordung von etwa 6 Millionen jüdischen Menschen durch den Faschismus war das größte Verbrechen, das jemals begangen wurde.

Die Politik der faschistischen Partei und Regierung war von Anfang an auf die Vorbereitung eines Krieges ausgerichtet. Sie war mit einer unglaublichen Unterschätzung anderer Völker, z.B. jener in Osteuropa, verbunden und wurde durch die Theorie vom „Volk ohne Raum“ begründet. Schon im April 1933 wurde als ein erster Schritt festgelegt, in wenigen Jahren die Truppenstärke auf das Dreifache zu erhöhen. Im Rahmen der Vierjahrespläne wurde die materielle Aufrüstung in immer schnellerem Tempo vorangetrieben.

Das ganze unmenschliche Wesen des Faschismus, seine unendlich vielen Verbrechen konnten hier nur angedeutet werden. Das alles darf sich nicht wiederholen. Und so ist der Schwur der Häftlinge von Buchenwald auch heute noch aktuell: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

## Das Arbeitnehmerüberwachungsgesetz ist vorerst aufgeschoben

Widerstand weiter von Nöten

Jan Korte

Die lange Geschichte von Arbeitnehmerüberwachung und Datenschutzvergehen ist um ein Kapitel ergänzt worden. Die jüngste Entscheidung der schwarz-gelben Koalition, in letzter Minute die Reißleine zu ziehen und doch noch darauf zu verzichten, den Regierungsentwurf zum Beschäftigtendatenschutz durchs Parlament zu peitschen, ist als klarer Erfolg von Opposition, Gewerkschaften und Datenschützern zu werten. Doch der Reihe nach: Bespitzelungs- und Datenschutzskandale in großen und kleinen Unternehmen gab es in den letzten Jahren in unschöner Regelmäßigkeit: Egal ob Bahn, Telekom, Lidl oder Aldi, alle nutzten die immer billigeren und einfacheren Möglichkeiten sowie unklare Regelungen und weitgehende Straflosigkeit, um ihre Beschäftigten auszuforschen. Und obwohl auch das Bundesverfassungsgericht immer wieder betont, dass Persönlichkeitsrechte Grundrechte und damit unverzichtbar für jede freie Gesellschaft sind, scheint dies für die Betroffenen hinter dem Werktor nicht zu gelten. Denn nach einer kurzen öffentlichen Empörungsphase geschah in der Regel: nichts. Um so erstaunlicher war dann 2009 die Aufnahme der Verbesserung des Beschäftigtendatenschutzes in den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung. Doch die Hoffnung, dass es die „christlich-liberalen“ Koalitionäre mit dem Kampf gegen den gläsernen Beschäftigten ernst meinen könnten, währte nur kurz. Nach der Vorlage des ersten Regierungsentwurfs am 15.12.2010 war klar, dass weder Union noch FDP ein Interesse an einer nachhaltigen Stärkung der Arbeitnehmerrechte hatten. Im Gegenteil. Der Gesetzentwurf verstärkte die Rechte der Arbeitgeber. Nach massiver Kritik sowohl in der Öffentlichkeit als auch in einer Sachverständigenanhörung des Bundestages und nachdem die Gewerkschaften Widerstand ankündigten, verschwand das Ganze wieder in der Schublade und alle hofften, dass es dort auch bliebe. Denn die kritische

Meinung war einhellig: Besser kein Gesetz als dieses. Denn was ist das Problem: Während die Koalition so tut, als ob sie mit dem Verbot der heimlichen Videoüberwachung, die schon jetzt grundsätzlich verboten ist, eine Großtat vollbringe, verschleiert sie, dass der Entwurf die Möglichkeiten der Unternehmer zu offenen und dauerhaften Videoüberwachungen z. B. unter dem Vorwand der „Qualitätssicherung“ massiv ausweiten würde. Ein Verstoß gegen das Verbot heimlicher Videoüberwachung wäre nicht eine Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit und könnte locker aus der Portokasse bezahlt werden. Und das Gesetz würde es Arbeitgebern sogar erlauben, illegal ausgeforschte Informationen gegen die Arbeitnehmer zu verwenden. Und das ist längst nicht alles: In der Bewerbungsphase sollen die Arbeitnehmer künftig auch Fragen nach ihren Vermögensverhältnissen, laufenden Ermittlungsverfahren, Schwangerschaften oder Behinderungen erlaubt sein. Zudem wird Arbeitgebern pauschal das Recht eingeräumt, öffentlich zugängliche Daten über Beschäftigte zu erheben, zum Beispiel über Internet-Suchmaschinen. Die bisher nach § 33 Abs. 1 BDSG für derartige Datenerhebungen bestehende Rechtspflicht der Arbeitgeber zu Transparenz und Mitteilung an den Bewerber entfällt. Auch der Zwang zu Bluttests und ärztlichen Untersuchungen vor einer Einstellung bleibt zulässig. Auch bei laufenden Beschäftigungsverhältnissen stärkt der Entwurf die Rechte der Arbeitgeber auf Kosten der abhängig Beschäftigten. Unter dem „Compliance“-Deckmantel in § 32d Abs. 3 wird den Arbeitgebern eine allgemeine „Lizenz zur Kontrolle“ verliehen: So soll bei Verdacht auf Untreue, Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit eine umfassende Überwachung der Belegschaft möglich sein. Massenhafte Internet und E-Mail-Screenings, wie sie durch die Telekom und die Bahn praktiziert wurden, würden dadurch legalisiert und Arbeitnehmer unter Generalverdacht

gestellt werden. Durch § 32c Abs. 2 sollen den Unternehmern die Möglichkeit eingeräumt werden, für „Planungszwecke“ umfangreiche Persönlichkeitsprofile der Beschäftigten auf Vorrat anzulegen. In der Gesetzesbegründung wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass Arbeitgeber in diesen Fällen auch Informationen über „Sozialkompetenz“, „Teamfähigkeit“ oder „Zuverlässigkeit“ speichern können sollen. Beförderungen dürfen Arbeitgeber von ärztlichen Untersuchungen der Arbeitnehmer abhängig machen. Die Liste der Verschlechterungen von Arbeitnehmerrechten ließe sich fortsetzen. Alles in allem also ein Gesetz, das wohl richtiger als „Beschäftigtenüberwachungsgesetz“ bezeichnet werden müsste. Im Schlussspurt des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen sollte nun der FDP offenbar noch ein Bonbon spendiert werden. Mit nur wenigen Veränderungen kramte Schwarz-Gelb diesen unsäglichen Gesetzentwurf aus der Versenkung und versuchte ihn im Eiltempo durchs Parlament zu peitschen. Tenor: Seht her, wir tun was für den Datenschutz und die Arbeitnehmerrechte! Offenbar hoffte man, dass niemand sich das komplizierte Machwerk genau ansehen, geschweige denn lautstark protestieren würde. Doch weit gefehlt. Der in kürzester Zeit organisierte breite Protest stoppte vorerst die Koalitionspläne. Mit diesem gescheiterten Anschlagsversuch auf die Arbeitnehmerrechte ist die FDP als Bürgerrechts- und Datenschutzpartei endgültig gestorben. Der gemeinsame Erfolg der Opposition zeigt, dass eine andere Politik im Interesse der Beschäftigten möglich ist. Doch der Gesetzentwurf ist noch nicht vom Tisch: Der Innenausschuss soll sich nun am 30. Januar mit dem Arbeitnehmerüberwachungsgesetz befassen. Der Widerstand in und außerhalb des Parlaments ist also nach wie vor von Nöten!

*MdB Jan Korte ist Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion*

## Aus dem Stadtrat Bernburg

Udo Riedel

Ende November brachte die Fraktion DIE LINKE im Planungs- und Umweltausschuss einen Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Energiekonzeptes für die Stadt Bernburg(Saale) ein. Ziel dieses Antrags sollte sein, eine Arbeitsgruppe aus Stadtrat, Verwaltung, Bernburger Unternehmen und Bürgern zu bilden, welche Möglichkeiten der Unterstützung der Energiewende auf kommunaler Ebene ausloten sollte. Dazu sollte auch externer Sachverstand – welcher über verschiedene Programme gefördert werden könnte – eingeholt werden. Leider erfuhr unser Antrag bereits im Planungs- und Umweltausschuss eine deutliche Ablehnung, mit aus unserer Sicht eher fadenscheinigen Begründungen. So wurde uns aus den Reihen der anderen Fraktionen und zum Teil auch aus der Verwaltung vorgeworfen, dieser Antrag sei wirtschaftsfeindlich, eine Arbeitsgruppe würde sich nur in Detailfragen verlieren oder die Einflussmöglichkeiten vor Ort wären nicht vorhanden!

Wir sehen das anders! Erstens kann die

bloße Bildung einer Arbeitsgruppe wohl kaum als wirtschaftsfeindlich betrachtet werden. Zweitens: Auch wenn die Einflussmöglichkeiten vor Ort sehr gering sein mögen, heißt das deshalb, dass man sie gar nicht erst nutzen muss? Und Drittens: Wie effektiv eine Arbeitsgruppe wirken kann, entscheidet sich doch an der Führung der Arbeitsgruppe und nicht am Thema! Wir haben deshalb den Antrag auch im Stadtrat erneut beraten lassen und weiter versucht, um Mehrheiten dafür zu ringen. Diese Arbeitsgruppe sollte ja nicht alleine ein Konzept erstellen; damit wäre sie womöglich tatsächlich überfordert gewesen. Sie könnte und sollte aber die Grundrichtungen der Arbeit bestimmen. Diese sollten dann als Vorgabe für einen externen Dienstleister dienen, welcher eine IST-Analyse und Vorschläge für kommunale Maßnahmen zur Energiewende und zum Klimaschutz erarbeiten sollte. Diese Ergebnisse wiederum hätten der Arbeitsgruppe als Entscheidungsgrundlage dienen können, um Vorschläge zur Umsetzung zu machen.

Was die Grundrichtungen angeht, hatten wir zum Beispiel die Vorstellungen:

- Weitere Förderung regenerativer Energien, stärkerer Einsatz von Fotovoltaik-Anlagen auf Dachflächen, Nutzung von sogenannten „Energiewäldern“, weiteres Engagement der SOLSA GmbH im Stadtgebiet

- Suche nach Möglichkeiten von Energieeinsparungen und effizienterem Energieeinsatz

- Entwicklungsrichtungen in den Ortsteilen, eventuell Schritte hin zu einer Energieautarkie

Ziel aller Überlegungen war es, Wege zu entwickeln, die Energiewende auch kommunal voran zu bringen! Dabei sollten aber zwei Grundprämissen nie aus den Augen verloren werden: Die Energieversorgung muss für alle bezahlbar bleiben und die Energiewende vor Ort sollte für jeden interessierten Bürger transparent sein.

*Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat*

## Neue Gesichter in der Nienburger Stadtratsfraktion

Mathias Henning

Nach 8-jähriger Tätigkeit als Stadtrat der Stadt Nienburg (Saale) legte der langjährige Fraktionsvorsitzende Christian Jethon sein Mandat zum 31.12.2012 nieder.

Die in den letzten Monaten immer intensiver geführten persönlichen Anfeindungen, Verunglimpfungen und Falschbehauptungen seitens der politischen Konkurrenten hatten in diesem Zusammenhang ein desaströs tiefes Niveau erreicht und mit demokratisch-politischer Auseinandersetzung nichts mehr gemein.

Nicht nur er, als Stadtrat, wurde für sein politisch- und vor allem privates Handeln angegriffen, sondern auch seine Familie wurde mit schweren persönlichen Vorwürfen belastet und in Mitleidenschaft gezogen.

In Absprache mit seiner Familie und Genossen ließen diese Vorgänge für

ihn keine andere Schlussfolgerung zu, als dieses Ehrenamt niederzulegen und sich nun ganz seiner beruflichen Tätigkeit zu widmen. Er bleibt den Nienburger LINKEN allerdings weiter als Vorsitzender der Basisorganisation erhalten und somit weiterhin politisch aktiv.

Diese Entscheidung gilt es zu respektieren und ihm auf diesem Wege, auch im Namen unzähliger Bürgerinnen und Bürger der Stadt, für die langjährige Arbeit im Stadtrat zu danken.

Mit dem Ausscheiden von Christian Jethon rückt nun Mandy Tkotz als Stadträtin in den Nienburger Stadtrat nach. Sie schreibt selbst über ihre künftigen Ambitionen:

„Meine Motivation, mich im Stadtrat zu engagieren, sehe ich in der kommunalpolitischen Verantwortung, die Bedürfnisse aller sozialen Schichten in der Heimatstadt zu berücksichtigen.

Dazu ist es nötig, sich u.a. im Bereich der sozialen Aufgaben offen, nachhaltig und transparent zu zeigen. Als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger der Einheitsgemeinde Nienburg ist für mich der unmittelbare Kontakt zu den Bürgern unabdingbar, um sich für deren Interessen im Rat einsetzen zu können. Nur ein bürgernahes Handeln lässt Diskussionen im Rat ergebnisoffen und Beschlüsse konstruktiv im Sinne des Gemeinwohls erfolgen.“

Bisher war Mandy Tkotz die berufene Bürgerin für die Partei DIE LINKE im Sozial-, Kultur- und Jugendausschuss des Stadtrates der Stadt Nienburg (Saale). Diese Aufgabe wird zukünftig Thomas Wittchen übernehmen.

*Mathias Henning ist Mitglied des Stadtrates Nienburg*



## Unterschriftenkampagne für armenische Familie mit ersten Erfolgen

Jörg Lemmert

Bereits im Dezember startete MdB Jan Korte zusammen mit dem Bernburger Pfarrer Johannes Lewek eine öffentliche Kampagne für das Bleiberecht der Familie Kalashyan. Die jesidisch-stämmige Familie wurde in ihrer armenischen Heimat verfolgt und flüchtete 2009 nach Deutschland. Während ein Teil der Familie im Kirchenasyl in Zeitz lebt, befand sich der in Bernburg lebende Teil (acht Familienmitglieder in drei Generationen) lange Zeit in einer aufenthaltsrechtlich unsicheren Situation und es drohte ihnen die Abschiebung. Pfarrer Lewek hatte sich deswegen mit der Bitte um Unterstützung an Jan Korte gewandt.

Fast zeitgleich mit dem Start der Kampagne wurde auch der konkrete Abschiebetermin bekannt. Am 5. Februar sollten die Kalashyans, die in Bernburg Arbeit haben, zur Schule gehen, Freunde haben, im Fußballverein spielen usw., aus ihrem Umfeld gerissen und in die unsichere Heimat zurückgeschickt werden.

Mit diesem Schicksal an die Öffentlichkeit zu gehen, stellte sich schnell als die richtige Vorgehensweise heraus: Seit dem Start der Kampagne wurde in zahlreichen Beiträgen, u.a. in der MZ, beim

Lokalsender RBW und beim MDR, über die Familie berichtet und schnell sprach sich herum, dass diese Abschiebung unbedingt verhindert werden muss. Ein entscheidendes Argument dafür ist der Gesundheitszustand der jungen Mutter. Das schwere Schicksal der in ihrer Heimat verfolgten Familie und die traumatischen Erlebnisse (mehrere ermordete und schwer verletzte Familienangehörige) haben ihr besonders zugesetzt und führten zu psychischen Erkrankungen, die behandelt werden müssen.

Schon bevor der Fall öffentlich wurde, hatten Jan Korte und Pfarrer Lewek ein Schreiben an Landrat und Innenminister formuliert, dass von Vertretern vieler Parteien und Bernburgs Bürgermeister Henry Schütze unterstützt wurde. In diesem fordern sie das dauerhafte Bleiberecht. Auch die Bürgerinnen und Bürgern der Region hatten ab Dezember die Möglichkeit, diese Forderung mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Viele hundert folgten dem Aufruf und beteiligten sich. Seit Anfang des Jahres ist die Petition auch im Internet vertreten, was noch einmal hunderte Unterschriften und dem Thema überregiona-

le Aufmerksamkeit bescherte.

Wenn die voraussichtlich ca. 2000 Unterschriften Ende Januar übergeben werden, steht eines bereits fest: Die Kalashyans bleiben auch über den 5. Februar hinaus in Bernburg. Der Salzlandkreis hat mittlerweile ein weiteres gesundheitliches Gutachten angekündigt, das die Abschiebung vorerst aufschiebt. Ein wichtiger Erfolg auf dem Weg zum dauerhaften Bleiberecht, der zeigt: Es lohnt sich, öffentlich Druck zu machen!

Darüber hinaus wurde durch die Kampagne natürlich auch die Frage nach dem generellen Umgang mit Asylsuchenden in Deutschland wieder stärker diskutiert. Eine Debatte, die wir in diesem Jahr, 20 Jahre nach Verabschiedung des Asylkompromisses, sicher noch öfter führen werden. In diesem Zusammenhang sei auch an die durchaus überraschenden Worte von Bundespräsident Gauck bei seiner ersten Neujahrsansprache erinnert: „Verfolgten wollen wir mit offenem Herzen Asyl gewähren und wohlwollend Zuwanderern begegnen, die unser Land braucht.“

*Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte*

## Beeindruckende Demonstration in Berlin: 25.000 haben es satt!

Jörg Lemmert

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich die Demonstration mit dem Motto „Wir haben es satt!“ in den letzten drei Jahren zu einer festen Größe unter den Protestveranstaltungen in der Bundeshauptstadt entwickelt. Am 19. Januar war auch ich zum dritten Mal dabei und durfte miterleben, wie ca. 25.000 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet, zeitgleich zur Grünen Woche, für eine Kehrtwende in der Landwirtschaft auf die Straße gingen. Wie ernähren wir uns richtig und wo kommen unsere Lebensmittel eigentlich her? Dies sind offensichtlich zwei der Fragen, die immer mehr Menschen umtreiben. Essen müssen wir alle und das jeden Tag. Grund genug also, sich hier einmal Gedanken zu machen.

Die Missstände sind offensichtlich: Tiere werden unter inakzeptablen Bedingun-

gen gehalten, Bauernhöfe sterben und Landschaften „vermaisen“. Mehr Pestizide lassen weltweit die Bienen sterben und die Artenvielfalt nimmt rapide ab. Die Spekulation mit Lebensmitteln und Land verschärft den Hunger in der Welt. Dafür landet immer mehr Getreide im Tank statt auf dem Teller. Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Nicht nur die Anzahl, sondern auch das Auftreten der TeilnehmerInnen war sehr beeindruckend: Als demoerfahrener Linker hat man ja bereits einiges miterlebt, so einfallsreich, kreativ und friedlich sieht man aber selten einen Demonstrationzug durch Berlin ziehen. Verkleidungen jeder Art, clevere Transparente und Sambatrommeln sorgten trotz des strengen Frostes für eine tolle Atmosphäre auf dem Weg vom Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel bis zum Kanz-

leramt. Dort forderten zahlreiche RednerInnen, die Landwirtschaft auf einen nachhaltigen Kurs zu bringen.

Eine entscheidende Stellschraube ist dabei sicherlich die Agrarförderung der Europäischen Union: 60 Milliarden Euro an Agrarsubventionen stehen jedes Jahr bereit. Wie diese unvorstellbare Summe verteilt wird und an welche Auflagen die Gelder gebunden werden, hat einen großen Einfluss auf die Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion. Große Macht haben aber natürlich nach wie vor auch wir als Konsumenten. Unser Kaufverhalten entscheidet darüber, was zukünftig in den Läden steht und unter welchen Bedingungen es produziert wird. Die Erkenntnis ist nicht neu, es lohnt sich immer wieder einmal darüber nachzudenken.

## Statt Spekulanten Kinder beschenken

Ernst-Hermann Brink

Während die etablierten Parteien über vorgeschobene Hilfen für Griechenland in Wirklichkeit immer wieder den Banken und Spekulanten in den Zockerbuden dieser Welt zu frischem Geld verhelfen, leben nicht nur die Griechen in zunehmender Armut. Jedes sechste Kind in Deutschland gilt schon als arm. Der massive Sozialabbau durch die frühere Bundesregierung von SPD und Grünen und den gleichhergehenden Steuervergünstigungen für die Reichen und Vermögenden sorgt für eine anhaltende Schiefelage in dieser Gesellschaft. Von einer sozialen Marktwirtschaft ist die Bundesrepublik meilenweit entfernt. Banken, so sagt man, sind systemrelevant. Wir müssen sie retten. Dafür zahlen wir alle Milliarden. Aber sind Kinder nicht wichtiger? DIE LINKE macht nicht nur eine alternative Politik. Statt Spekulanten - Kinder beschenken! Unter diesem Motto verteilte der Ortsverband der LINKEN. Saale-Wipper am 24. De-



Öffentlichkeitswirksam sogar am 24. Dezember: DIE LINKE Saale Wipper bei ihrer Aktion in Güsten

(Foto: privat)

zember vor dem Güstener E-Neukauf kleine Naschereien an Kinder. Aber auch für Erwachsene wurden allherhand Überraschungen von „Lustballons“ bis Kugelschreiber bereit gehalten. Viele Bürgerinnen und Bürger gaben den Aktivistinnen recht. „Es wird Zeit, dass sich die Verteilung in Deutschland wieder zu Gunsten der Schwachen verschiebt“ sprach

eine Passantin den Mitgliedern des Ortsverbandes aus dem Herzen. DIE LINKE. Saale -Wipper wünschte noch besinnliche Tage bis zum Jahreswechsel und einen guten Start ins Jahr 2013. *Ernst-Hermann Brink ist Vorsitzender des Ortsverbandes DIE LINKE Saale-Wipper*

## Schon wieder ein Forum zum Thema Biogasanlage?

Ralf-P. Schmidt

Aus meiner Sicht gibt es keine Informationsdefizite zum Thema Biogasanlage im Staßfurter Stadtrat. Doch Oberbürgermeister Rene Zok lädt genau mit dieser Begründung zum erneuten Forum ein. 2012 gab es das Forum der LINKEN, dann das Forum bei RiRo, dann das Volksstimmeforum, einen LINKEN Politstammtisch zum Thema und mehrere Runden in Stadtrat und seinen Ausschüssen bis zum Grundsatzbeschluss im Rat zum Thema. Eine Bürgerinitiative brachte das Thema in die Öffentlichkeit. Zahlreiche Unterschriften, die in der Summe von Herrn Zok auch einmal laut benannt werden müssten, dokumentieren ein Nein! der Bürger gegen die geplante Anlage. Damit stellt das Thema Biogasanlage ein umfangreich diskutiertes Thema in der Kommunalpolitik dar, so dass die Feststellung von Herrn Zok zu Informationsdefiziten nur zurückzuweisen ist. Kein anderes Thema fand in der Kom-

munalpolitik bisher so viel inhaltliche Würdigung und Dialog. Dies würde ich mir allerdings zu anderen Themen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Sicherung der sozialen Daseinsfürsorge auch wünschen. Doch was ist tatsächlich gewollt? Sollen jetzt die Staßfurter Probleme, die zum Widerstand gegen die Anlage führten, nach Atzendorf verlagert werden? Sollen trotz bisher politischer Ablehnung neue Mehrheiten organisiert werden? Warum lädt das Forum wieder nur die Pro-Experten ein und nicht die Gegenseite, die es auch auf der Seite der Wissenschaft gibt? Das Thema Biogasanlage ist in Staßfurt ein politisches Thema, das im politischen Raum natürlich einer politischen Abstimmung unterzogen wurde. Demokraten wissen, dass dann mit diesen Ergebnissen des demokratischen Meinungsbildungsprozesses, und es war ein Grundsatzbeschluss, leben gelernt werden muss. Schon die Diskussion zum mög-

lichen Widerspruch, zum demokratisch gefassten Stadtratsbeschluss war da irreführend. Doch offensichtlich gilt dies nicht in Staßfurt! Hier wird die gleiche Anlage, die erneut die Frage der Ernährung, des Missbrauchs der Bördebodennutzung sowie den massiven Eingriff und die Verteuerung der Lebensmittel begünstigt, an einen anderen Ort versetzt. Interessant ist da aber auch die Position von Ortsbürgermeister Peter Rotte. Er war einer der Erstunterzeichner gegen die Biogasanlage in Staßfurt. Im Staßfurter Stadtrat stimmte er allerdings nicht gegen die Anlage. Nun wundert er sich über eine Lösungssuche in seiner Ortschaft. Mal sehen, wie Herr Rotter sich nun positioniert. *Ralf-P. Schmidt ist Mitglied des Kreistages und des Stadtrates Staßfurt*

## Staßfurter LINKE waren zur Luxemburg-Liebknecht-Ehrung in Berlin

Ralf-P. Schmidt

In nun schon mehrjähriger Tradition fahren DIE LINKEN der Region (Altkreis) Staßfurt gemeinsam nach Berlin, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu gedenken. So machten sich auch am 13.01.2013 10 GenossInnen und SympathisantInnen, darunter auch Jugendliche, bereits um 7:00 Uhr ab dem Staßfurter Bahnhof in Richtung Berlin auf. Staßfurter und Unseburger erlebten so einen interessanten Tag. Die Zugfahrt, die von der LINKEN finanziert wurde, gab schon viel Zeit für den politischen Dialog zwischen den Generationen. Ein Muss war dann für die Beteiligten die Teilnahme am Demonstrationszug, gemeinsam mit weiteren 9000 Gleichgesinnten, hin zur Gedenkstätte der Sozialisten. Dort konnte nach der Ehrung mit den roten Nelken auch die Vielschichtigkeit der LINKEN und der Arbeiterbewegung an zahlreichen Informationsständen erlebt werden. Nach einer kurzen Stärkung machten wir uns dann in Richtung Volksbühne auf, und unser Reiseleiter, Siegfried Mahlfeld, führte uns zu einer interessanten, politisch- kulturellen Veranstaltung, dem politischen Jahresauftakt der LINKEN in Deutschland und Europa zu dem Thema



Die Staßfurter GenossInnen auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin  
(Foto: privat)

„KEINE MACHT DEN BANKEN!“ Es gab einfach alles, die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und zahlreiche weitere Linke aus Griechenland (Alexis Tsipras), Spanien (Maite Mola) und Schweden (Jonas Sjöstedt) sowie die Bands GeierSturzflug, Karussell, Strom & Wasser und der international bekannte argentinische Liedermacher Pablo Miró waren zu erleben. Komplexer und anschaulicher konnte uns nicht verdeutlicht werden, was Kanzlerin Merkel aktuell in Europa anrichtet, wie sie die Völker aufeinanderhetzt, dass die Finanzkrise einem Bankenmonopoly gleicht und der einfache Bürger die Schuldzuweisung

erhält. Ja wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass in Spanien und Griechenland Arbeitslosigkeit von 30 % und Jugendarbeitslosigkeit von 50% Alltag geworden sind, und Deutschland die Frage nach seinen Anteilen an diesem Sozialabbau zu beantworten hat. Moderator Diether Dehm verlas eine Resolution gegen neuen und alten Faschismus und bekräftigte unsere gemeinsame Solidarität gegen rechts. Wie notwendig dies ist, verdeutlichen wieder die Ereignisse vom 12. Januar in Magdeburg.

Da macht es schon stolz, dass sich DIE LINKE in Europa zusammenschließt, einen gemeinsamen Politikwechsel anstrebt und die Menschen nicht im Stich lässt. Deshalb war dieser Tag für uns alle ein solidarischer, der Kraft gibt für die künftigen Aufgaben vor Ort!

Deshalb werden wir im Januar 2014 wieder an Karl und Rosa denken!

*Ralf-P. Schmidt ist Mitglied des Kreistages und des Stadtrates Staßfurt*

## Zur XVIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt

Friedrich Schütz

Am 12. Januar führte die linke Tageszeitung junge Welt in der Berliner Urania ihre im Zusammenhang mit der traditionellen Luxemburg-Liebkecht-Demonstration stehende diesjährige Rosa-Luxemburg-Konferenz durch. Etwa 1800 Besucher/innen nahmen an den Vorträgen von Rednern aus Frankreich, Chile, der Schweiz, Kolumbien, Kuba und den USA bzw. an der Podiumsdiskussion am Abend mit deutschen Gesprächspartnern teil, darunter auch Bodo Ramelow aus Thüringen.

Einen breiten Rahmen nahm die internationale Solidarität ein. So wurde in einer Resolution der am 9. Januar in Paris erfolgte Mord an drei kurdischen Politikerinnen verurteilt. An den schwer erkrankten Präsidenten Hugo

Chavez wurde eine Grußbotschaft geschickt. Die in den USA verhafteten „Miami Five“ schickten eine Botschaft an die Konferenz. Von Mumia Abu Jamal und weiteren politischen Häftlingen in den USA kamen Grußadressen.

In den im ersten Teil der Konferenz gehaltenen Vorträgen wurde über die aktuelle politische Situation in den jeweiligen Ländern informiert. So berichtete z.B. der chilenische Redner über erfolgreiche soziale Kämpfe in seinem Land, der kubanische schilderte die Debatte über die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe in seinem Land, und ein kolumbianischer Journalist gab einen Überblick über den Bürgerkrieg in dem lateinamerikanischen Land.

Die am Abend durchgeführte Podi-

umsdiskussion befaßte sich mit Fragen des Rechtsextremismus und des Verfassungsschutzes. Ich kann hier aus den vielen klugen und interessanten Beiträgen nur einen Gedanken der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke zitieren: „Der Verfassungsschutz wurde ausdrücklich aufgebaut gegen diejenigen, die den Kapitalismus als allein seligmachende Form des Zusammenlebens in Frage stellen, und DIE LINKE hat das eben immer gemacht.“ Ich erinnere in diesem Zusammenhang an meinen Artikel über die Beobachtung von 27 Bundestagsabgeordneten unserer Partei (s. DLZ 2/2012).

Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Januar  
recht herzlich

zum 91. Geburtstag  
Paul Maser

Zum 86. Geburtstag  
Irmgard Adam

Zum 85. Geburtstag  
Ferdinand Grosser

Zum 84. Geburtstag  
Helga Böhme  
Lieselotte Pohle  
Richard Breiwieser

Zum 83. Geburtstag  
Willi Andree  
Heinz Schmiedel

Zum 82. Geburtstag  
Christa Apel

Zum 81. Geburtstag  
Friedrich Schrader  
Günther Ohm

Zum 70. Geburtstag  
Karin-Bärbel Kujath  
Rolf Wiswede

Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im Januar  
Geburtstag haben



#### **Beratung der Kreistagsfraktion**

Die Kreistagsfraktion trifft sich  
wieder am 11.02.2013 um 18 Uhr  
im Fraktionsbüro Staßfurt (Grenz-  
straße 11).

#### **Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa**

Vortrag und Diskussion mit  
**MdEP Prof. Dr. Lothar Bisky**  
am Mittwoch, dem 13.02.2013, um  
18 Uhr im Metropol, Schloßstraße in  
Bernburg  
Der Kreisvorstand

#### **9. Kreisdelegiertenversammlung**

DIE LINKE. Salzlandkreis und  
**Besondere Kreisvertreterver-  
sammlung** zur Bundestagswahl  
2013

Am **02.02.2013** führen wir beide  
Veranstaltungen durch, um sowohl  
neue Delegierte für die Landespar-  
teitage als auch Vertreter für die  
Listenaufstellung zur Bundestags-  
wahl zu wählen.

Gleichzeitig starten wir mit den  
beiden Versammlungen in den Bun-  
destagswahlkampf 2013.

Beginn um **10 Uhr im Sitzungs-  
aal der Staßfurter Stadtwerke**  
(Athenslebener Weg 15)

#### **Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
06.02.2013 um 18 Uhr im Fraktions-  
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

#### **Die nächste Versammlung des Ortsverbandes Hecklingen findet**

am  
22.02.2013, 17 Uhr in der Kegel-  
bahn Hecklingen statt

#### **LINKE Straßengespräche in Aschersleben**

Am 14.02.2013 um 10 Uhr auf dem  
Holzmarkt in Aschersleben.

Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 11. Februar 2013 und  
Redaktionsschluss war der 17.  
Januar 2013

#### **Nachruf**



In stillem Gedenken  
**Rudolf Trübe**  
OV Schönebeck  
Kreisvorstand

#### **Nachruf**



In stiller Anteilnahme  
**Fritz Otto**  
OV Seeland  
Kreisvorstand

Der **LINKE Politstammtisch in  
Staßfurt** begrüßt am 06.02.2013 um  
17 Uhr in Meyer's Bräustüb'l  
(Hohenerxlebener Str.)

**MdL Dr. Frank Thiel** (wirtschaftspo-  
litischer Sprecher der Landtagsfrak-  
tion) zum Thema:

„Mit kommunalpolitischem Handeln  
zu mehr wirtschaftlicher Entwick-  
lung“

DIE LINKE Aschersleben lädt ein:  
**Vortrag mit MdEP Sabine Wils** zur  
Krise der EU

Am 22.02.2013 um 18 Uhr im  
Bestehornshaus Aschersleben

#### **DIE LINKE ZEITUNG**

Herausgeber:  
Kreisvorstand DIE LINKE.  
Salzlandkreis  
Tel.: 03471/310492

Mail:dielinke-salzlandkreis@t-on-  
line.de

06391 Bernburg, PF 1104  
Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),  
Joachim Redmann,  
Klaus Magenheimer,  
Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-  
onsschluss eingegangenen Artikeln kann  
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.